



Merkel für Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin

Interview mit Dr. Angela Merkel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 22.8.2003

Auszüge aus dem Gespräch der Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag mit Berthold Kohler (FAZ).

FAZ: Der Bundestagspräsident, der Bundeskanzler und der Außenminister haben sich entschieden gegen das „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin ausgesprochen, das die gleichnamige Stiftung der Heimatvertriebenen errichten will. Wie stehen Sie zu dem Projekt?

Angela Merkel: Ich bin ganz entschieden für ein solches „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin. Ich halte ein solches Zentrum für eine sehr wichtige Idee. Für mich ist selbstverständlich, dass dieser Teil der Geschichte - der immerhin 15 Millionen Menschen betroffen hat, von denen über zwei Millionen zu Tode gekommen sind, und von denen Millionen in die Bundesrepublik Deutschland integriert wurden - auch in unserem Leben eine Rolle spielen muss. Es ist für mich unvorstellbar, dass dieser Teil unserer Geschichte - inklusive der Vertreibungen, die es erst kürzlich zum Beispiel auf dem Balkan gegeben hat - nicht in Deutschland dargestellt werden kann. Das stellt das Gedenken an die schrecklichen Taten der Deutschen im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus und dem Zweiten Weltkrieg nicht in Frage, im Gegenteil. Aber es ist wichtig, dass auch der deutschen Opfer gedacht wird. Und nach meiner Überzeugung ist Berlin dafür ein geeigneter Ort.

FAZ: Der Bundeskanzler hat die Befürchtung geäußert, dass eine solche Gedenkstätte in Berlin einer "Geschichtsklitterung" Vorschub leisten könne, weil damit „historische Ursachen“ in den Hintergrund gedrängt würden.

Angela Merkel: Wer sich das Konzept dieser Stiftung angesehen hat.

und das ist ja nun seit drei Jahren bekannt der weiß, dass mit diesem Vorwurf des Bundeskanzlers eine nicht zu haltende Verdächtigung gegenüber den Initiatoren dieser Stiftung ausgesprochen wird. [...]

Ich weiß, dass viele Vertriebene auch gerade bei dieser Bundesregierung die Hoffnung hatten, dass alte ideologische Auseinandersetzungen nicht mehr stattfinden. Ich bin sehr betroffen darüber, weil auch das Signal ins Ausland, das der Bundeskanzler in dieser Frage vermittelt, ein vollkommen falsches ist. Denn wir wissen spätestens seit Anfang der neunziger Jahre, dass Vertreibung eine leider noch aktuelle Tragödie ist. Im ehemaligen Jugoslawien waren auch wieder Hunderttausende von Menschen von Vertreibungen betroffen. Wir werden uns mit diesem Thema auch weiter auseinandersetzen müssen.

FAZ: Warum gibt es dann auch auf höchster politischer Ebene einen derart massiven Widerstand gegen das Projekt?

Angela Merkel: Es ist schwer, Motivationsforschung zu betreiben. Ich hatte nach dem gemeinsamen Antrag im Deutschen Bundestag, in dem für ein solches Zentrum gegen Vertreibungen plädiert wurde, gehofft, dass es zu einer solchen Kontroverse nicht kommt. [...]

Ich kann an dieser Stelle nur die dringende Bitte an die Bundesregierung äußern, die Einlassungen noch einmal zu überdenken. Dieses Thema führt uns zu einer sehr grundsätzlichen Debatte: Wie sieht Geschichtsaufarbeitung aus, wie befassen wir uns mit unserer Geschichte? Für mich gehört die Tatsache der Vertreibung und auch die Frage des Unrechts, das mit ihr geschehen ist, zur deutschen Geschichte. Dass mit diesem Teil der deutschen Geschichte auch Trauer verbun-

INHALT

SEITE 3
CDU UND CSU STEHEN ZUM GRUNDGESETZLICHEN
AUFTRAG DER SPÄTAUSSIEDLERAUFNABME
Erwin Marschewski

SEITE 4
KEIN GRUND ZUM MISSTRAUEN
Dr. Friedbert Pflüger

SEITE 5
PROBLEME DER DEUTSCHEN MINDERHEIT
AUFGEARBEITET
IAV

SEITE 7
ROT-GRÜN WILL KULTUR DES DEUTSCHEN OSTENS INS
MUSEUM VERBANNEN
Erwin Marschewski

den ist, das muss auch in Deutschland ausgesprochen werden können. Wer im Bundestag die Protokollerklärung der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, zum Beitritt der künftigen EU-Mitglieder gehört hat, der weiß, dass gerade Frau Steinbach eine Persönlichkeit ist, die dieses Thema zukunftsgerichtet behandelt und für ein einiges Europa eintritt. [...]

FAZ: Sie teilen nicht die Sorge des Außenministers, dass ein solches Vorhaben zu einer Konfrontation mit den Nachbarn im Osten führen könnte?

Angela Merkel: Es liegt doch an uns, unsere Nachbarn einzuladen, mit uns über dieses Thema zu diskutieren. Wer sich jene ansieht die diese Stiftung unterstützen, weiß auch, dass diese Diskussion in breitem Umfang geführt wird. Was wären wir für ein Land, wenn wir uns selbst nicht zutrauen, auch über dieses Thema in unserem Land gerade mit jungen Leuten verantwortlich zu sprechen, ohne die gesamtgeschichtliche Betrachtung außer Acht zu lassen. Die Kritik an dem Vorhaben macht einen ausgesprochenen Mangel an Selbstvertrauen deutlich.

[...]

FAZ: Die Kritiker stellen den Gegensatz auf zwischen einem „nationalen“ Projekt, nämlich dem des Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin, und einem „europäischen“ Projekt, wie es vom SPD-Abgeordneten Meckel vorgeschlagen worden ist. Halten Sie diese Unterscheidung für gerechtfertigt?

Angela Merkel: Ich habe überhaupt nichts gegen ein europäisches Projekt, aber das ersetzt nicht ein nationales Projekt. Zudem kann sich ein nationales Projekt auch einordnen in andere Projekte. Auf ein nationales Projekt zu verzichten und zu sagen, so ein Projekt könne man nur europäisch machen, das halte ich für falsch. Denn die Vertreibung nach 1945 ist ein Teil unserer Geschichte, in der wir unsere Schuld und Verantwortung kennen, in der wir uns aber auch damit auseinandersetzen haben, dass auch Deutschen Unrecht geschehen ist. [...] Deutschlands Leistung in den ersten Jahrzehnten ist nicht vollständig

erklärt, wenn man über diesen Bereich der Nachkriegsgeschichte nicht spricht. Deshalb ist es für mich völlig unverständlich - gerade auch heute in einer Phase, in der wir uns über unser Selbstverständnis im 21. Jahrhundert Gedanken machen - , dass wir es uns nicht zutrauen sollen, ein Zentrum gegen Vertreibungen auch als ein nationales Projekt zu machen, ohne sofort wieder Gegensätze zu anderen Projekten zu konstruieren.

FAZ: Sie können sich also auch ein nebeneinander von Gedenkstätten vorstellen?

Angela Merkel: Warum nicht? Man muss mit unseren europäischen Nachbarn darüber sprechen. Was mich so befremdet ist, dass wir unterschwellig Verdächtigungen aussprechen, die aus meiner Sicht unbegründet sind, und dass wir uns auch nicht zutrauen, an diese Stelle auch unsere Emotionen deutlich zu machen. [...]

FAZ: Was geschieht, wenn die Bundesregierung bei ihrer ablehnenden Haltung bleibt? Selbst Berliner Kommunalpolitiker wollen davon abhängig machen, ob sie ein geeignetes Gebäude an die Stiftung veräußern.

Angela Merkel: Bisher hat Frau Steinbach dafür gearbeitet dass sowohl der Bund als auch die Länder diese Stiftung unterstützen, auch durch die Suche nach einer passenden Immobilie. Ich bin dafür, dass dieser Stiftung auch öffentliche Gelder zur Verfügung gestellt werden. Natürlich wäre es wünschenswert, wenn dies Bund und Ländern gleichermaßen täten. Das ist ein klassischer Fall, wo Bund und Länder sich gemeinsam engagieren sollten. Ich würde es außerordentlich bedauern, wenn das jetzt in einer Kontroverse endete. Für die Vertriebenen im Lande wäre dies ein sehr trauriges Signal, zumal wir einen parteiübergreifenden Antrag im Bundestag hatten, in dem es noch nicht um den Sitz des Zentrums ging, aber doch um die Errichtung dieser Stiftung. Ich kann mir nach dem langen Weg, den wir in dieser Frage gemeinsam zurückgelegt haben, gar nicht vorstellen, dass wir zwar alle eine solche Stiftung wollen, sie aber auf gar keinen Fall in Deutschland sein darf. Das würde keiner verstehen.

Falsches und Halbwahres vom Beauftragten für Aussiedlerfragen der Bundesregierung

Jochen-Konrad Fromme kritisiert Bewertung der rückläufigen Zuzugszahlen von Aussiedlern durch Jochen Welt

Allmonatlich schmückt sich der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung mit den rückläufigen Zuzugszahlen von Aussiedlern und verbucht dies als Erfolg der angeblich so klugen Politik der rot-grünen Regierung. Seine zum Teil falsche und häufig schiefe Darstellung darf auch diesmal nicht unwidersprochen bleiben.

So wiederholt Herr Welt die Aussage dass es bei der niedersächsischen Bundesratsinitiative um eine „Erleichterung der Sprachtests in den Herkunftsländern“ gehe, eine groteske Verdrehung der wahren Intentionen. Der niedersächsische Vorschlag soll und kann einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Integrationsfähigkeit leisten.

Ebenso unzutreffend ist der Hinweis, durch eine Quotierung der jährlich

Einreisenden hätte die Bundesregierung die Zuwanderung - im Gegensatz zur Vorgängerregierung unter Bundeskanzler Kohl - sozial verträglich gestaltet. Und wie viel von den „erhöhten Haushaltsmitteln für die Integration“ den Aussiedlern zu Gute kommen, werden die anstehenden Haushaltsberatungen zeigen. In den letzten Jahren sind die Mittel zurückgefahren worden.

Der Hinweis auf Wirkungen des Zuwanderungsgesetzes ist abenteuerlich. Von einem Gesetz, das nicht in Kraft getreten ist und aller Voraussicht nach auch nicht in Kraft treten wird, geht keine Wirkung aus. Die auch hier wieder aufgestellte, gegenteilige Behauptung ist schon fast volksverdummend.

CDU und CSU stehen zum grundgesetzlichen Auftrag der Spätaussiedleraufnahme

Erwin Marschewski zur Ankündigung der FDP-Fraktion, den Zuzug von Spätaussiedlern beenden zu wollen

Die Ankündigung der FDP-Fraktion, die Aufnahme von Spätaussiedlern durch eine Änderung des Grundgesetzes zu beenden, ist abzulehnen. Daher wird sich die Union an einer von der FDP angestrebten Bundesratsinitiative auch nicht beteiligen.

CDU und CSU haben immer zur historischen Verantwortung Deutschlands für die Gruppe der deutschen Spätaussiedler gestanden, die über Jahrzehnte besonders schwere Diskriminierungen erleiden mussten, nur weil sie Deutsche waren und sind.

Da für Deutschland eine rechtliche und moralische Verpflichtung zum Schutz der deutschen Spätaussiedler besteht, haben CDU und CSU auch stets und entgegen aller wohlfeilen Polemik von anderer Seite, am allgemeinen Kriegsfolgeschicksal für die Deutschen aus Russland festgehalten. Richtig ist, dass die Deutschen in einigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion auch heute noch nicht rehabilitiert sind und heute noch Nachteile und Diskriminierungen erleiden müssen.

So sind die Spätaussiedler während des Zweiten Weltkrieges und danach unschuldig zum Spielball der kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und der damaligen Sowjetunion geworden. Die Deutschstämmigen in den Herkunftsgebieten leiden bis heute unter den Nachwirkungen der Vertreibungen und der Zerschlagung ihrer Siedlungen und Kultur. Aktuelle Beispiele ergeben sich aus den Konflikten der katholischen Kirche der Deutschen mit der syrisch-orthodoxen

Kirche.

Daher hat die Union auch immer wieder vor allem dem von der SPD unternommenen Versuch widerstanden, den Deutschen aus Russland das allgemeine Kriegsfolgeschicksal abzuerkennen.

Artikel 116 Grundgesetz normiert die Verpflichtung zur Wiedergutmachung dieses tragischen Vertreibungsschicksals der Deutschen in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Zu diesem Auftrag des Grundgesetzes haben sich CDU und CSU stets bekannt.

Daher ruht die Aussiedlerpolitik von CDU und CSU auf zwei Säulen:

1. Der Sicherung von Lebensexistenzen der Deutschen in den Herkunftsgebieten.
2. Der Integration der einreisenden Spätaussiedler in unsere Gesellschaft.

Die Union tritt sehr für eine verbesserte Integrationspolitik für die Spätaussiedler in Deutschland ein, um Integrationsschwierigkeiten zu begegnen.

Es existieren gute Beispiele gelungener Integrationsprojekte in den unionsregierten Bundesländern, z.B. in Baden-Württemberg und Bayern. Die Union wird auch weiterhin zu ihrer historischen Verantwortung stehen und allen gesetzlichen Regelungen eine Absage erteilen, die den Zuzug der deutschen Spätaussiedler in die Bundesrepublik Deutschland de facto unmöglich macht

Rot-Grün sieht keine Probleme bei der Unterstützung der deutschen Minderheit

Antwort auf eine schriftliche Frage zur Verteilungspraxis bei der Förderung der deutschen Minderheit

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski, stellte folgende schriftliche Frage an die Bundesregierung:

Inwieweit sind öffentliche Stellen in den jeweiligen Staaten in die Verwaltung bzw. Distribution der im Bundeshaushalt unter der Titelgruppe „Unterstützung für deutsche Minderheiten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa einschließlich nichteuropäischer Nachfolgestaaten der UdSSR“ eingestellten Mittel eingebunden, und verbinden sich damit aus Sicht der Bundesregierung Probleme?

Daraufhin antwortete der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Inneren, Fritz Rudolf Körper, wie folgt:

Die Hilfsmaßnahmen für die deutschen Minderheiten aus der Titelgruppe „Unterstützung für deutsche Minderheiten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa einschließlich nichteuropäischer Nachfolgestaaten der UdSSR“ erfolgen in allen Herkunftsländern in Abstimmung mit staatli-

chen Stellen. Die organisatorische Ausgestaltung ist hierbei unterschiedlich. So gibt es mit der Mehrzahl der betroffenen Länder gemischte Regierungskommissionen, in denen die Maßnahmen zugunsten der deutschen Minderheiten erörtert werden. Im Übrigen wird durch Kontaktaufnahmen mit den jeweiligen Regierungen, insbesondere bei Gesprächen, die der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten mit Regierungsvertretern führt, die Arbeit für die deutsche Minderheit abgesprochen.

Diese Abstimmungsverfahren haben sich bewährt. Sie tragen zur wirkungsvollen und sachgerechten Hilfeleistung bei und stärken die Akzeptanz der jeweiligen deutschen Minderheit durch die Titularnation. Die Verwaltung bzw. Distribution der im Bundeshaushalt eingestellten Mittel erfolgt durch von der Bundesregierung beauftragte deutsche Mittlerorganisationen. Öffentliche Stellen in den jeweiligen Staaten sind insoweit grundsätzlich nicht beteiligt.

Kein Grund zum Misstrauen

Artikel von Dr. Friedbert Pflüger zum „Zentrum gegen Vertreibungen“, erschienen in „Rzeczpospolita“ am 26.8.

Dem geplanten „Zentrum gegen Vertreibungen“ schlägt Misstrauen und Ablehnung aus Mittel- und Osteuropa entgegen. Namhafte Persönlichkeiten wie der frühere polnische Außenminister Bartoszewski oder der polnische Historiker Borodziej haben das Projekt das vom Bund der Vertriebenen (BdV) unter ihrer Vorsitzenden Erika Steinbach vorangerieben wird, scharf kritisiert. [...]

Wenn Bartoszewski und Borodziej, beides Freunde Deutschlands, sich äußern, müssen wir genau hinhören. Borodziej hat schon Mitte der 90er Jahre mit Artur Hajnicz eine umfassende Studie zum „Komplex Vertreibung“ herausgegeben. [...] Und Bartoszewski, der 8 Jahre seines Lebens in Auschwitz und in stalinistischen Gefängnissen verbrachte, ist eine der eindrucksvollsten politischen und moralischen Stimmen im heutigen Europa.

Aber diesmal irren beide - ausnahmsweise. [...]

Die Konzeption des „Zentrums gegen Vertreibungen“ ist weder rein „national“ noch stellt es die Nachbarn an den Pranger. Es will nicht Leid gegeneinander aufrechnen und damit die ursächlich deutsche Schuld an Weltkrieg, Holocaust und Vertreibung relativieren. [...]

Wir werden eine polnische Offenheit für das „Zentrum“ nur ermöglichen, wenn in ihm eindeutig gezeigt wird, dass der polnische Nachbar das erste Opfer eines von Nazi-Deutschland ausgegangenen Krieges war und dass es die Vertreibung ohne Hitlers Überfall nicht gegeben hätte. [...]

Zur Wahrheit gehört auch, dass die Vertreibung der Deutschen an eine andere Vertreibung gekoppelt war, nämlich die vieler Polen aus ihrer Heimat. Schon während des Krieges hatte die deutsche Besatzungsmacht 2,8 Millionen Polen ins Reich deportiert und zum Arbeitseinsatz in Betrieben und auf Bauernhöfen verpflichtet. Neue Vertreibungen

folgten dann nach Kriegsende, als Stalin beschloss, dass die Sowjetunion Land gewinnen sollte. Es kam zur Westverschiebung Polens, so dass Millionen von Polen in den Gebieten der heutigen Ukraine, Weißrusslands und Litauens in großer Eile und Verzweiflung ihre Häuser verlassen mussten. [...]

Nicht in erster Linie das polnische Volk hat die Vertreibung zu verantworten, sondern vor allem das Diktat Stalins. Das alles muss, das wird, im „Zentrum gegen Vertreibungen“ auch dokumentiert werden. Hätte sich sonst Ralph Giordano für das Projekt eingesetzt? Wären sonst Peter Glotz, Daniel Cohn-Bendit, György Konrad, Lennart Meri, Otto von Habsburg, Arnulf Baring, Michael Wolfssohn, Julius Schoeps, Tilman Zülch oder Guido Knopp bei den Unterstützern?

Was ist daran falsch, wenn die Vertriebenen in Deutschland ein solches Zentrum errichten wollen, das die 50 Millionen Vertreibungen in Europa im vergangenen Jahrhundert thematisiert, die aktuellen Vertreibungen brandmarkt und dazu aber auch klar einen Schwerpunkt bei den Vertreibungen von 15 Millionen Deutschen setzt und die Auswirkungen auf die Nachkriegsgesellschaft der Bundesrepublik Deutschland untersucht? Wieso sollen wir nicht als Deutsche in Deutschland (Berlin!) auch an die Not Deutscher bei Flucht und gewaltsamer Aussiedlung denken? Es gibt unterschiedliche Erfahrungen hinsichtlich der Vertreibungen in Europa. Wir sollten sie nicht überdecken und den Mut haben, sie jeder für uns - und doch im Gespräch mit den Nachbarn - aufzuarbeiten. [...] Ein guter Partner für den europäischen Dialog sind wir Deutschen jedenfalls nur dann, wenn wir uns mit unseren Vertriebenen verständigt haben. Wer das durch ein von den konkreten Gefühlslagen der Menschen abgekoppeltes allgemeines Belehrungszentrum irgendwo in Europa ersetzen will, wird zu kurz springen. [...]

Zentrum gegen Vertreibungen gehört nach Berlin

Bayerische Sozialministerin Stewens bezeichnet tschechische Vorschläge für Zentrum als Ablenkungsmanöver

Als „Ablenkungsmanöver“ hat Bayerns Sozialministerin Christa Stewens in München die jüngsten Vorschläge des tschechischen Ministerpräsidenten Vladimír Špidla bezeichnet, der sich statt eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ für ein „Europäisches Zentrum zur Erforschung der Gründe und Folgen von Kriegen“ ausgesprochen hat.

„Die Äußerung Špidlas zielt offensichtlich darauf, das Thema Vertreibung und insbesondere die Tragödie der mehr als 15 Millionen deutschen Vertreibungsoffer vollkommen in den Hintergrund zu rücken“, so die Ministerin. Selbstverständlich müssten Vertreibungen als Folge von Kriegen in ihrem historischen Kontext gesehen und dargestellt werden. Dies sei auch Ziel der Initiatoren des Zentrums gegen Vertreibungen. Stewens: „Wenn der Fokus des Projekts sich allein auf das Thema Krieg

richtet, bilden die Vertreibungen jedoch allenfalls ein Mosaiksteinchen im Rahmen des Gesamtvorhabens. Eine solche Verwässerung der Initiative des Bundes der Vertriebenen lehne ich ab.“

Auch die Vertreibung und das Leid der Vertriebenen müssten ihren Platz im deutschen und europäischen Geschichtsbewusstsein haben. „Die Erinnerung an das Schicksal der Deutschen aus dem Osten ist nicht nur ein Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen, sondern eine gesamtstaatliche Aufgabe, die uns alle angeht“, betonte die Ministerin. Und sie fügte hinzu: „Da unsere vertriebenen Mitbürger hier leben und hier zum Aufbau unseres Landes beigetragen haben, halte ich daran fest: Das „Zentrum gegen Vertreibungen“ gehört nach Berlin und nicht ins Ausland!“

Probleme der deutschen Minderheiten aufgearbeitet

Delegationsreise der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ nach Königsberg, Allenstein und Warschau



v.r.n.l.: Martin Hohmann MdB, Thomas Helm (Referent), Manfred Grund MdB, Matthias Sehling MdB, Frau Dr. Winter (Leiterin der Sozialstation der katholischen Kirche in Königsberg), Christa Reichard MdB, Erwin Marschewski MdB (Vorsitzender der Arbeitsgruppe) und eine Ordensschwester.

Zu einer Delegationsreise und zu politischen Gesprächen reiste eine Abordnung der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach Ostpreußen (Königsberg und Allenstein) sowie nach Warschau. Vor allem die Anliegen der deutschen Minderheit, Fragen der gemeinsamen Geschichte sowie Perspektiven für die Zukunft im Zusammenhang mit der Osterweiterung der Europäischen Union standen im Mittelpunkt der Gespräche.

So wurde in Königsberg das "deutsch-russische Haus" besucht. Dort wurde das Gespräch mit Vertretern der Russlanddeutschen geführt, die nach der Wende von 1990/91 aus Sibirien und Kasachstan in den Oblast Kaliningrad übergesiedelt sind.

Es wurden Fragen zu dem mittlerweile verschärften russischen Ausländerrecht erörtert. Auch wurden Fragen zur Pflege der deutschen Sprache in der Region besprochen. Ferner wurde über die Einrichtung einer deutschen konsularischen Vertretung in Königsberg gesprochen.

Bei dem Gespräch mit örtlichen Vertretern der Gebietsduma aus der Partei der „Union der rechten Kräfte“ (SPS) wurde über Perspektiven des Gebiets vor dem Hintergrund der Osterweiterung der Europäischen Union diskutiert. Vor allem wurde in diesem Zusammenhang über die bisher unbefriedigende Visaregelung, wie sie zwischen Russland einerseits und vor allem Litauen, aber auch der Republik Polen andererseits vereinbart worden ist diskutiert. Hier und an anderer Stelle wurde von Abgeordneten der Arbeitsgruppe eingefordert, dass die Russische Föderation eine Grundsatzentscheidung über eine künftige Nutzungs- und Gestaltungsperspektive für die Region Königsberg treffen muss.

Sehr umfangreich waren die Gespräche mit den Vertretern der deutschen Wirtschaft in der Region. Dabei wurden das Montagewerk von BMW/Avtotor sowie die Produktionsräume der deutschen „Grammer AG“ (Autozulieferer) besucht. Unisono wurde seitens der Wirtschaftsvertreter die jetzt gefundene Visaregelung und die bereits bestehenden Zollbestimmungen, die von russischer Seite ständig verändert werden.

als hinderlich für den Personen- und Warenverkehr in und aus der Region beschrieben. Auch erklärten die Wirtschaftsvertreter, dass die Zusammenarbeit bei Warenabwicklungen und Zollgeschäften mit den russischen Behörden mit erheblichen Problemen verlaufe. Gerade Letzteres stellt eine Problemlage dar, die sogar die dort tätigen deutschen Hilfsorganisationen massiv in ihrer Arbeit behindert. So ist die Einfuhr von Medikamenten inzwischen verboten und auch sonst warten reichlich Schikanen bei der Zollabfertigung auf Hilfswillige. Dabei wird



Weiß-Blaue Autos vom Pregel: BMW montiert in Königsberg jährlich 2500 Autos der 3er und 5er Reihe für den russischen Markt.

die Hilfe für die sozial Schwachen in der Region dringend benötigt. Bei Renten, die im Durchschnitt 60 - 70 Euro im Monat ausmachen, ist der Erwerb von Medikamenten nahezu ausgeschlossen.

Der Besuch der Sozialstation der katholischen Kirche hat einen unmittelbaren Eindruck über die Arbeit der sozialen Dienste vermittelt.

Es ist festzustellen, dass die Gesellschaft immer stärker in Arm und Reich auseinander fällt und die Schere sich zwischen diesen beiden Seiten immer weiter öffnet.

So sind Unternehmen wie das besuchte Montagewerk von BMW ein Lichtblick in einer Region, die in Sozialdaten wie Einkommensdurchschnitt ansonsten unterhalb der Russischen Föderation insgesamt angesiedelt ist.

Erfreulich war es festzustellen, dass die ansonsten in der Russischen Föderation zunehmenden Konflikte zwischen der russisch-orthodoxen Kirche und der deutschen Evangelischen Kirche im Königsberger Gebiet nicht existieren.

Eng sind die Zukunftsperspektiven der Region mit der Entwicklung des Osthandels und den Häfen in Pillau und Königsberg verknüpft. Dies war auch in einem Gespräch mit dem Direktor des Königsberger Handelshafens, Wladimir Kalinitschenko, festzustellen. Schon deshalb ist eine Grundsatzentscheidung Moskaus über die Entwicklung der Region so bitter nötig.

Überschattet wurde der Besuch Königsbergs allerdings von dem mehr als unverständlichen Verhalten der russischen Exekutive und Verwaltung. Es wurde zunächst nach der Ankündigung des Besuchs der Bundestagsdelegation eine freundliche Einladung ausgesprochen und große Kooperationsbereitschaft signalisiert, bis plötzlich ohne erkennbaren Grund sämtliche Kooperation eingestellt und die Gruppe auf eine Tourismusagentur verwiesen wurde. Dieses Verhalten bezeichnete der Delegationsleiter, Erwin Marschewski, als mehr als fast schon beleidigend. Auch in der örtlichen Presse hat dieses Verhalten den entsprechenden Niederschlag gefunden (s.u.).

In Allenstein wurde vor allem mit Vertretern der deutschen Minderheit gesprochen. Im Vordergrund standen dabei Fragen der Kulturpflege, wobei von der deutschen Minderheit erläutert wurde, dass es vor allem Schwierigkeiten mit den Mitteln aus der Bundesrepublik Deutschland gebe. Als gut wurde von der deutschen Minderheit die Zusammenarbeit mit der polnischen Verwaltung bezeichnet.

In Warschau traf sich die Delegation mit zahlreichen hochrangigen Vertretern aus dem Kreise der Abgeordneten des polnischen Sejm und der polnischen Regierung. Dabei stand ein Thema im Vordergrund der Debatte, nämlich das in Deutschland geplante „Zentrum gegen Vertreibungen“. Es wurde deutlich, dass die Debatte über das „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Polen hochemotional geführt wird. Besonders eine Diskussion mit Abgeordneten des Auswärtigen Ausschusses des polnischen Sejm hat gezeigt, dass die Positionen hier noch meilenweit auseinander liegen. Dabei wurde seitens der deutschen Delegationsteilnehmer intensiv für ein Zentrum in Berlin geworben. Das Konzept wurde sowohl mit seiner nationalen Bedeutung für Deutschland im Hinblick auf die Vertreibungsgeschichte und die Integration der Heimatvertriebenen in die deutsche Nachkriegsgesellschaft, als auch die internationale Ausrichtung des Zentrums im Hinblick auf die Vertreibung anderer Völker, erläutert. Die Diskussion hat aber auch gezeigt, so erläuterte es der Delegationsleiter Erwin Marschewski gegenüber der polnischen Presse, dass die Konzeption, so wie sie von der „Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen“ ausgearbeitet worden ist und von zahlreichen hochrangigen Persönlichkeiten unterstützt wird, von den polnischen Gesprächspart-

nern nicht hinreichend zur Kenntnis genommen wurde. Es wurde offensiv dafür geworben, mit den Initiatoren der Stiftung in einen Dialog einzutreten.

Auch wurden die Belange der deutschen Minderheit in Polen umfassend erörtert. Vor allem wurde gegenüber den Abgeordneten des Sejm dafür geworben, das Minderheitengesetz endlich parlamentarisch zum Abschluss zu bringen. Auch stand die Frage einer Rückführung kriegsbedingt verlagertes Kulturgüter auf der Agenda. Gesprächspartner in Polen waren unter anderem der Vorsitzende der deutsch-polnischen Parlamentariergruppe Ryszard Kalisz, mit dem über die Situation der deutschen Minderheit und über Verbesserungen der Situation gesprochen wurde, sowie der Staatssekretär im Außenministerium, Adam Rotfeld. Mit Staatssekretär Rotfeld wurde über den Stand der deutsch-polnischen Beziehungen vor dem Hintergrund der Osterweiterung der Europäischen Union und über das Verhältnis Polens zu seinen östlichen Nachbarn gesprochen.



Adam Rotfeld, Staatssekretär im Warschauer Außenministerium

Hier standen innenpolitische Fragen im Vordergrund. Ferner wurde über Meinungsverschiedenheiten zum Irak-Krieg gegenüber dem Vorgehen der Vereinigten Staaten (Brief der Acht) gesprochen. Gerade in dieser Frage wurden große Gemeinsamkeiten zwischen der polnischen Regierung und der deutschen Opposition festgestellt.

Königsberger Presseecho zur Delegationsreise

Die Ergebnisse der Delegationsreise wurden der Königsberger Presse vorgestellt. Diese beschäftigten sich vor allem mit der Absage aller offiziellen Gespräche(s.o.). Hierzu wurde auch beim Vorsitzenden der Gebietsduma Wladimir Nikitin, nachgefragt

Kaskad vom 2. September 2003: „Und doch gestand Alexander Songal [Leiter der Abteilung für auswärtige und überregionale Beziehungen der Gebietsduma] am Ende unseres Gesprächs ein: „Ich stimme Ihnen zu, dass dies letztendlich nicht sehr gut gelaufen ist. In Zukunft werden wir solche internationalen Kontakte sorgfältiger planen und vorbereiten.“

Kaliningrader Prawda vom 2. September 2003: Unter dem Titel „Die Delegation des Bundestages im Aus“ stellte die Zeitung folgende Äußerungen von Nikitin dar: Herr Marschewski steht der „Gesellschaft für Vertriebene und Flüchtlinge“ vor, einer Organisation, die revanchistische Ansichten gegenüber unserer Region hat. Daher wollte kein Vertreter der staatlichen Organe“, sich mit der deutschen Delegation treffen.

Aus: Offener Brief von Erwin Marschewski zu Nikitin:

„Ich hege keine revanchistischen Ansichten gegenüber der Region Kaliningrad, wie Sie es behaupten. Dies nehme ich auch für meine mitgereisten Kollegen in Anspruch.“

Rot-Grün will Kultur des deutschen Ostens ins Museum verbannen

Antwort auf zwei schriftliche Fragen von Erwin Marschewski zur Kulturförderung nach § 96 BVFG

Inwieweit werden Maßnahmen des kulturellen Austausches mit Bezug auf die Geschichte der Deutschen im östlichen Europa gegenwärtig mit Mitteln aus dem Bundeshaushalt gefördert, nachdem die entsprechende Haushaltsstelle / Titel 0405 - 68671-249 erstmalig im Jahr 2003 auf Null gesetzt wurde und aus welchem Haushaltstitel erfolgt ggf. die Förderung?

Daraufhin antwortete die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Dr. Christina Weiss:

„Maßnahmen des kulturellen Austausches mit Bezug auf die Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa werden im Rahmen zur Verfügung stehender Haushaltsmittel aus der Titelgruppe 07, deren Titel gegenseitig deckungsfähig sind, weiterhin im erforderlichen Umfang gefördert, auch nachdem der Titel 68671 im Jahre 2003 als Leertitel ausgewiesen wurde. Ganz wesentlich werden gegenwärtig die Fördermaßnahmen für den kulturellen Austausch mit Bezug auf die Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa aus dem Titel 68471 gedeckt.“

Nach welchen Maßgaben sind Projekte der Kulturarbeit nach § 96 des Bundesvertriebenengesetzes in den letzten Jahren seitens der Bundesregierung bewilligt worden und inwieweit hat sich die Bewilligungspraxis seit der von der Bundesregierung im Jahr 2000 beschlossenen „Konzeption zur Erforschung und Präsentation deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa“ (BT-Drs. 14/4586) verändert?

Hierzu erklärte Staatsministerin Weiss:

„Die Projekte der Kulturarbeit im Rahmen von § 96 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) wurden in den letzten Jahren nach fachlich-wissenschaftlicher Begutachtung durch das Bundesinstitut für die Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (BKGE) im Rahmen zur Verfügung stehender Haushaltsmittel bewilligt. Prinzipiell orientiert sich die Bewilligungspraxis der Bundesregierung an der im Jahre 2000 beschlossenen „Konzeption zur Erforschung und Präsentation deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa“ (BT-Drs. 14/4586).

Wesentlicher Inhalt der Konzeption ist

- Neuorientierung der Kulturarbeit nach dem Regionalprinzip
- Neuordnung der Trägerschaften
- Koordination und Stärkung der Museen unter Ausbau der kulturellen Kontakte zu ihren Bezugsregionen
- engere Kooperation mit den Trägern der allgemeinen Kulturarbeit in Deutschland und den Nachbarstaaten.“

Sehr deutlich wird in der Antwort von Staatsministerin Weiss, dass Rot-Grün die Kultur des deutschen Ostens ins Museum verbannen will. Nichts anderes verbirgt sich hinter der „Stärkung der Museen“. Auch wird deutlich, dass die Bundesregierung bewusst in die Arbeit der Träger der Kulturarbeit erheblich eingreift. Beides widerspricht nach Ansicht der Union dem Sinn des § 96 BVFG.

Kulturelle Arbeit mit 1,4 Mio. Euro gefördert

„Die Staatsregierung steht zu ihren Verpflichtungen gegenüber den Heimatvertriebenen - allein im institutionellen Bereich unterstützen wir im Jahr 2003 die kulturelle Arbeit mit über 1,4 Millionen Euro. Gegenteilige Behauptungen sind schlichtweg unzutreffend und offenbar allein dem nahenden Wahltermin geschuldet“. Mit diesen Worten wies Bayerns Sozialministerin Christa Stewens in München die Kritik des SPD-Landtagsabgeordneten Schläger zurück, der erklärt hatte, die Bayerische Staatsregierung würde den Heimatvertriebenen Fördergelder streichen. Nach den Worten der Ministerin hat Bayern in den beiden letzten Doppelhaushalten den Haushaltsansatz für die Förderung der Kulturarbeit entgegen dem Trend in den übrigen Ländern und auf Bundesebene nicht verringert. Stewens: „Aufgrund der angespannten Haushaltslage stehen für freiwillige Leistungen insgesamt aufgrund einer zusätzlichen Haushaltssperre netto allerdings etwas weniger Mittel zur Verfügung als in den Vorjahren. Damit werden letztlich auch den Vertriebenen die Folgen und Lasten der verfehlten Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung aufgebürdet.“ (IAV)

Deutschsprachiger Unterricht in Schlesien

Der VDA Bayern - Verein für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland - unterstützt den deutschsprachigen Unterricht an einer Schule in Kreuzburg in Oberschlesien.

Nach längeren Planungen und Verhandlungen zwischen dem Vorsitzenden des dortigen DFK (Deutscher Freundschaftskreis), Georg Nowak, und den für dieses Projekt zuständigen Vorstandsmitgliedern des VDA Bayern, Dr. Hans Merkel und Rudi Maywald, wurde eine Schule in einem Kreuzburger Vorort ausgewählt, um dort den Schulpflichtigen die Chance zu geben, ihre deutsche Muttersprache gründlich zu erlernen.

Zu den vom polnischen Staat vorgesehenen drei Unterrichtsstunden Deutsch pro Woche sollen die Jungen und Mädchen gemäß dem Willen der Eltern zwei zusätzliche Unterrichtsstunden pro Woche im Schuljahr 2003/2004 erhalten. Das hierfür erforderliche Entgelt für die Lehrkräfte übernimmt der VDA Bayern, der zudem auch Mittel für Computer, Kopierer und weiteres technisches Lehrmaterial zur Verfügung stellen wird. Von dieser Maßnahme werden in Zukunft ca. 240 Schüler in 14 Leistungsstufen im Schuljahr 2003/2004 profitieren. (IAV)

"Länder und Menschen entlang der Donau"

Der baden-württembergische Landesbeauftragte für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler, Staatssekretär Heribert Rech, verlieh die Hauptpreise des Schülerwettbewerbs „Die Deutschen und ihre Nachbarn im Osten“ 2002/2003.

Im Mittelpunkt dieses Wettbewerbs stehen die Beziehungen zu den Ländern Südosteuropas, die deutsche Geschichte und Kultur in diesen Ländern sowie verbindende Elemente der gemeinsamen Geschichte. In diesem Jahr waren „Länder und Menschen entlang der Donau“ das Thema des Wettbewerbs.

Der Hauptpreis, eine sechstägige Studienfahrt entlang der Donau mit Besuchen der Städte Wien, Budapest und Pressburg/Bratislava, wurde an Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Karlsbad, des Gymnasiums Lorch sowie an Schüler des Maria-von-Linden-Gymnasiums Calw-Stammheim, des Gymnasiums Hohenbaden in Baden-Baden und des Lise-Meitner-Gymnasiums in Königsbach-Stein verliehen. (IAV)

Urteile zu Sprachkenntnissen begrüßt

„Die heutigen Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts haben die Kriterien der Anerkennung von Spätaussiedlern konkretisiert. Sie legen insbesondere fest, in welchem Maße deutsche Sprachkenntnisse beim Antragsteller vorliegen müssen. Wir haben nun Klarheit, dass ein Stammeln oder stockende Äußerungen ebenso wenig genügen wie die bloße Aneinanderreihung einzelner Worte. Dies unterstreicht ein weiteres Mal, was wir stets betont haben: Deutsche Sprachkenntnisse sind Grundvoraussetzung für die Integration der Spätaussiedler“. Mit diesen Worten begrüßte die Aussiedlerbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Sozialministerin Christa Stewens, in München die Urteile des Bundesverwaltungsgerichts.

Das Bundesverwaltungsgericht hat in den beiden Revisionsverfahren die Anforderungen an die Beherrschung der deutschen Sprache durch Spätaussiedler als Voraussetzung für ihre Aufnahme in die Bundesrepublik Deutschland näher geklärt. Nach dem Bundesvertriebenengesetz kann ein Aufnahmebescheid nur erteilt werden, wenn der Betroffene im Zeitpunkt der Ausreise aufgrund familiärer Vermittlung der deutschen Sprache zumindest ein einfaches Gespräch auf Deutsch führen kann.

Die Ministerin sprach sich deutlich gegen eine formale Begrenzung des Zuzugs von Spätaussiedlern aus: „Allein schon aufgrund unserer historischen Verpflichtung, Spätaussiedler aus dem Osten Europas aufzunehmen, kommt eine Begrenzung nicht in Betracht. Allerdings muss das Maß für die Zuwanderung die Integrationsfähigkeit der Spätaussiedler sein.

Grundsätzlich sollten nur Spätaussiedler nach Deutschland kommen können, bei denen die Voraussetzungen für eine Integration (insbesondere Sprachkenntnisse) vorliegen - dies soll auch für Ehegatten und minderjährige Abkömmlinge der Aussiedler gelten. Vor dem Hintergrund, dass sich die Zusammensetzung der Spätaussiedler in den vergangenen Jahren deutlich gewandelt hat, muss alles getan werden, um die Integration zu verbessern“, erklärte Stewens.

>>> **CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG**

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

PVSt, DP AG, Entgelt bez., A 59134

Adresse

Herrn
Erwin Czmiel

Historisches Kalenderblatt (01. bis 30. September)

Vor 730 Jahren: Graf Rudolf von Habsburg wird von den deutschen Kurfürsten zum römisch-deutschen König gewählt (11.9.) Damit endet die Zeit der Thronstreitigkeiten. Aufstieg der Habsburger.

Vor 80 Jahren: Ende des Ruhrkampfes. Reichskanzler Stresemann gab den Abbruch des passiven Widerstands gegen die Besetzung des Ruhrgebiets bekannt (26.9.) Folge des Widerstands: 132 Tote.

Vor 65 Jahren: Im Münchener Abkommen beugen sich Großbritannien und Frankreich dem Druck Hitlers (29.9.) Das Sudetenland wird, ohne Beteiligung der Tschechoslowakei, an Deutschland abgetreten.

Vor 30 Jahren: Die Bundesrepublik Deutschland und die DDR werden; als 1333. und 134. Mitglied in die UNO aufgenommen (18.9.),

Vor 10 Jahren - Verurteilung von Mitgliedern der DDR-Führung (Heinz Kessler u. Fritz Strelitz) wegen der Todesschüsse an der Grenze (16.9.).

IMPRESSUM

Herausgeber: Volker Kauder MdB
Dr. Peter Ramsauer MdB
Parlamentarische Geschäftsführer
Erwin Marschewski MdB

V.i.S.d.P.: Eva Christiansen

Redaktion: Thomas Helm (Hauptredaktion)
Katrín Kohl
Ingo Hallmann

Sekretariat: Christina Maschkewitz

Kontakt: Gruppe der Vertriebenen und
Flüchtlinge
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-55364
Telefax (030) 2 27-56154